

Schutz vor Gefahrstoffen

Inhalt

1. Gesetze, Vorschriften und Regelungen	2
2. Innerbetriebliche Regelungen.....	3
2.1 Grundsätzliche Festlegungen.....	3
2.2 Zuständigkeiten	4
2.3 Einsatz von Gefahrstoffen durch Fremdfirmen	6
2.4 Überwachung der Gefahrstoffläger durch die Fachbereiche	6

1. Gesetze, Vorschriften und Regelungen

Mit dem Gesetz zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Chemikaliengesetz - ChemG) wurden die staatlichen Vorgaben festgelegt, die erforderlich sind um den Menschen und die Umwelt vor schädlichen Einwirkungen gefährlicher Stoffe und Gemische zu schützen, insbesondere sie erkennbar zu machen, sie abzuwenden und ihrem Entstehen vorzubeugen.

In der Gefahrstoffverordnung (GefStoffV) werden die Details zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung gefährlicher Stoffe sowie die Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten geregelt.

Dem Arbeitgeber legt die Gefahrstoffverordnung bestimmte Ermittlungs-, Schutz- und Überwachungsvorschriften auf. Diese beinhalten u. a.:

Ermittlung ob es sich bei einem Stoff, einer Zubereitung oder einem Erzeugnis um einen Gefahrstoff handelt.

- Es ist zu prüfen, ob Stoffe, Zubereitungen oder Erzeugnisse mit einem geringerem gesundheitlichen Risiko erhältlich sind (Substitutionsgebot) und/oder ob durch Änderung des Arbeitsverfahrens das Auftreten der Gefahrstoffe am Arbeitsplatz verhindert oder verringert werden kann.
- Vor dem Umgang mit Gefahrstoffen sind die damit verbundenen Gefahren zu ermitteln und Maßnahmen zur Gefahrenabwehr zu regeln. Hierbei haben technische Schutzmaßnahmen Vorrang. Durch eine fachkundige Person gemäß GefStoffV ist eine Gefährdungsbeurteilung zum Umgang mit dem Gefahrstoff durchzuführen.
- Das Tragen von Atemschutz und Vollschutzanzügen darf keine ständige Maßnahme sein.
- Der Arbeitgeber hat gemäß den Ergebnissen der Gefährdungsbeurteilung sicherzustellen, dass die Beschäftigten in Arbeitsbereichen, in denen sie Gefahrstoffen ausgesetzt sein können, keine Nahrungs- oder Genussmittel zu sich nehmen.
- Der Arbeitgeber hat sicherzustellen, dass Gefahrstoffe so aufbewahrt oder gelagert werden, dass sie weder die menschlichen Gesundheit noch die Umwelt gefährden.
- Gefahrstoffe dürfen nicht in solchen Behältern aufbewahrt oder gelagert werden, durch deren Form oder Bezeichnung der Inhalt mit Lebensmitteln verwechselt werden kann.
- Der Arbeitgeber ist verpflichtet ein Verzeichnis der im Betrieb verwendeten Gefahrstoffe zu führen.
- Die Einhaltung der Arbeitsplatzgrenzwerte ist zu gewährleisten, erforderlichenfalls messtechnisch zu kontrollieren und zu dokumentieren.

Erstellen einer Betriebsanweisung zum Umgang mit dem Gefahrstoff gemäß §14 der Gefahrstoffverordnung. Die betroffenen Arbeitnehmer müssen anhand der Betriebsanweisung über die Gefahren und Schutzmaßnahmen unterwiesen werden. Die Unterweisungen müssen vor der Beschäftigung und danach mindestens einmal jährlich mündlich und arbeitsplatzbezogen erfolgen. Inhalt und Zeitpunkt der Unterweisung sind aktenkundig zu machen.

2. Innerbetriebliche Regelungen

2.1 Grundsätzliche Festlegungen

Gefahrstoffe gemäß Definition des Chemikaliengesetzes dürfen nur nach Freigabe durch den Sicherheitstechnischen Dienst / Umweltschutz eingekauft werden. Zur Prüfung, ob es sich bei einem Stoff, einer Zubereitung oder auch einem Erzeugnis um einen Gefahrstoff im Sinne der Gefahrstoffverordnung handelt, müssen Angaben über das Produkt und dessen Einsatzbedingungen vorliegen.

Aufgrund der Bedarfsmeldung der Fachabteilung fordert der Einkauf von der Lieferfirma ein vollständig und richtig ausgefülltes EG-Sicherheitsdatenblatt gemäß REACH-Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 (evtl. auch weitere Produktinformationen) an, das Aufschluss über die Zusammensetzung, Gefährlichkeit, Handhabung sowie eventuell zu beachtende Schutzmaßnahmen beim Umgang mit dem jeweiligen Produkt gibt. Der Fachbereich liefert die Angaben über die Verwendung, Verarbeitungsweise, Verbrauchsmengen und Umgangsdauer.

Anhand dieser Daten überprüft der Sicherheitstechnische Dienst / Umweltschutz, ob es sich bei dem Produkt um einen Gefahrstoff handelt, welche Gefahren möglicherweise bei der Verwendung dieses Arbeitsstoffes entstehen können und welche Schutzmaßnahmen gegebenenfalls zu ergreifen sind. Generell ist zu prüfen, ob Stoffe oder Zubereitungen mit einem geringeren gesundheitlichen Risiko verwendet werden können. Unter Federführung des Sicherheitstechnischen Dienstes /Umweltschutz sind bei dieser Prüfung der Betriebsarzt, die entsprechenden Fachbereiche sowie der Einkauf (Materialwirtschaft) eingebunden. Erst nach Freigabe des Produktes darf die Bestellung erfolgen.

Die aktualisierten EG-Sicherheitsdatenblätter von einer bereits erteilten Freigabe sollten durch den Einkauf ca. alle zwei Jahre bei der Lieferfirma/Hersteller angefordert werden.

2.2 Zuständigkeiten

Die Beurteilung eines Produktes hinsichtlich seines Gefährdungspotentials liegt bei dem Sicherheitstechnischen Dienst / Umweltschutz. Der Sicherheitstechnische Dienst / Umweltschutz stellt die fachkundige Person gemäß Gefahrstoffverordnung und führt die erforderliche Gefährdungsbeurteilung durch und erarbeitet auch die nach der Gefahrstoffverordnung geforderten Betriebsanweisungen mit den erforderlichen Schutzmaßnahmen. In der Gefährdungsbeurteilung ist durch die fachkundige Person die durch die Tätigkeit mit Gefahrstoffen ausgehende Gefährdung der Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten zu beurteilen.

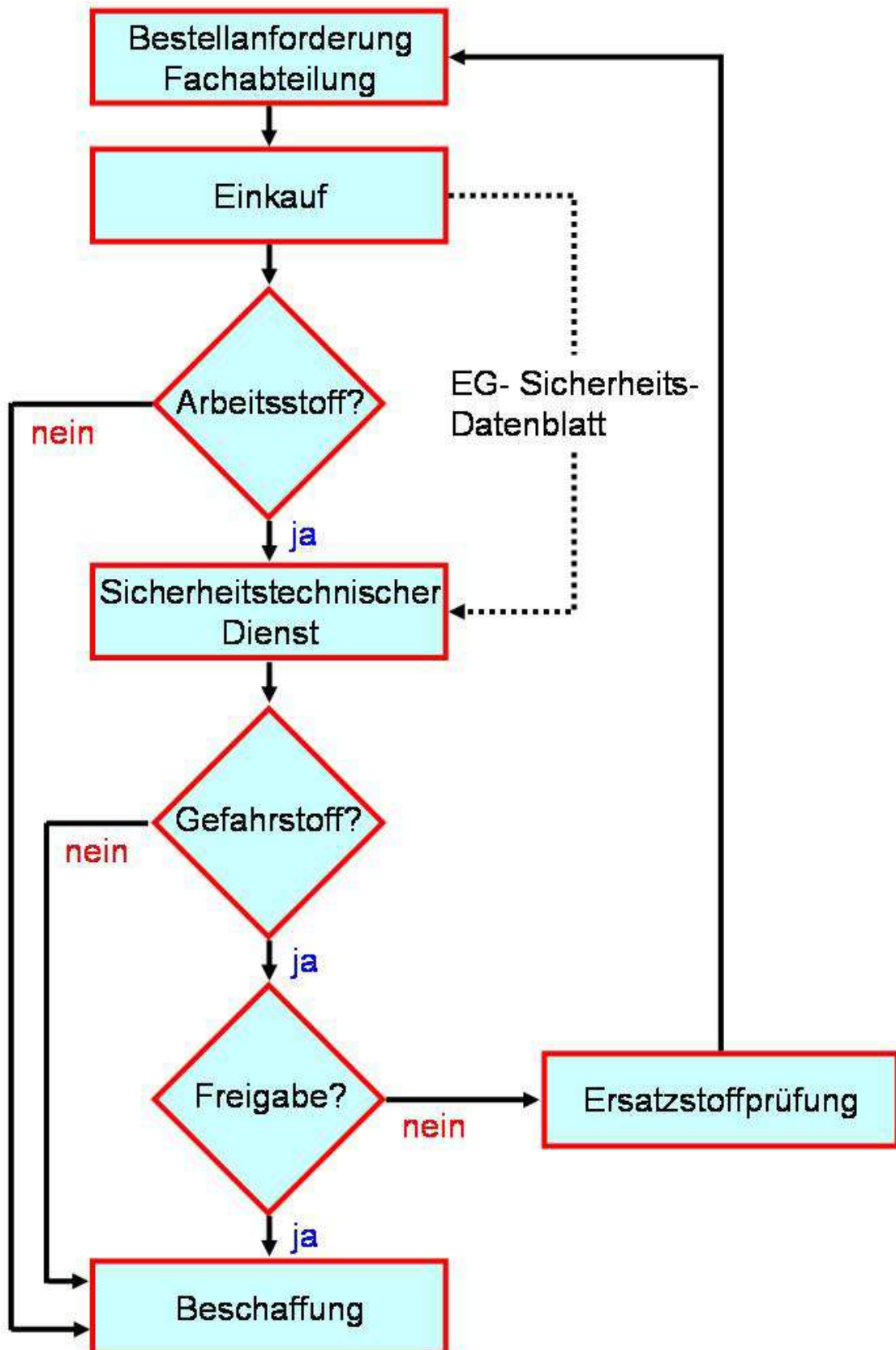
Für die Beschaffung der Grundinformationen wie Sicherheitsdatenblätter und Verarbeitungshinweise liegen die Zuständigkeiten beim Einkauf und den Fachbereichen.

Der Sicherheitstechnische Dienst / Umweltschutz sendet die Betriebsanweisungen an den entsprechenden Fachbereichen, den Betriebsärztlichen Dienst und an den Betriebsrat.

Die Betriebsanweisungen werden durch die Unterschrift des zuständigen Fachbereichsleiters in Kraft gesetzt. Die Mitarbeiter werden von ihrem Vorgesetzten anhand der Betriebsanweisungen über die auftretenden Gefahren sowie über die Schutzmaßnahmen unterwiesen. Die Unterweisungen müssen gemäß den Festlegungen der Gefahrstoffverordnung durchgeführt werden. Die Betriebsanweisungen sollen den betroffenen Mitarbeitern jederzeit zugänglich sein.

Das nach der Gefahrstoffverordnung erforderliche Gefahrstoffverzeichnis wird mit Unterstützung des Sicherheitstechnischen Dienst / Umweltschutz in den Fachbereichen geführt.

Dem Sicherheitstechnischen Dienst / Umweltschutz obliegen grundsätzlich auch alle Auskünfte zu Gefahrstoffen gegenüber außen stehenden Stellen.



2.3 Einsatz von Gefahrstoffen durch Fremdfirmen

Bei der Verwendung von gefährlichen Stoffen durch Fremdfirmen ist auszuschließen, dass Mitarbeiter der VGF oder Fahrgäste beeinträchtigt werden, Gefährdungen für Anlagen auftreten bzw. vermeidbare Umweltbelastungen (z.B. Abwasser- und Abfallbelastungen, Gewässer- und Bodenkontaminationen) entstehen.

Vor der Erbringung von Fremdleistungen unter Verwendung von Arbeitsstoffen ist eine Prüfung und Freigabe der Produkte durch den Sicherheitstechnischen Dienst / Umweltschutz erforderlich. Die Freigabe bezieht sich hierbei auf Produkt, Einsatzort, Arbeitsverfahren und -umfang. Bei einer Änderung der Einsatzbedingungen ist ein erneutes Freigabeverfahren durchzuführen.

Der leistungsanfordernde Fachbereich hat die erforderlichen Prüfungen zu veranlassen. Die benötigten Informationen sind dem Sicherheitstechnischen Dienst / Umweltschutz mitzuteilen. Es handelt sich hierbei um Angaben zu Ort, Art und Umfang der Arbeiten sowie die gültigen Sicherheitsdatenblätter für die vorgesehenen Produkte.

Fremdfirmen sind zur Einhaltung der getroffenen Festlegungen zu verpflichten. Mit den Arbeiten darf erst nach Freigabe begonnen werden.

2.4 Überwachung der Gefahrstofflager durch die Fachbereiche

Die Gefahrstofflager sind nachweislich jährlich durch die Fachbereich hinsichtlich der ordnungsgemäßen Lagerung (gelagerte Stoffe, Zusammenlagerungsverbot, Boden- und Grundwasserschutz) zu überprüfen. Dies kann z.B. im Rahmen eines Audits zur Qualitätssicherung erfolgen.